

AK OBERÖSTERREICH

WISO

Nr. 2/25
Dezember 2025
48. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt: 70 Jahre ASVG

Emmerich Tálos: Geschichtliche Entwicklung des ASVG
• *Dagmar Andree:* ASVG – ein feministisch-kritischer Blick
• *Thomas Pilgerstorfer, Nina Plank, Iris Woltran:* Lebensstandardsicherung in der Pension – wie steht es darum?
• *Angela Wegscheider:* Menschen mit Behinderungen im ASVG
• *Dennis Tamesberger:* Der Sozialstaat für alle
• *Bettina Csoka:* Lohn-„Neben“-Kosten? Eine Debatte ohne Ende
• *Roland Atzmüller:* Sozialpolitik der radikalen Rechten

WISO Praxisforum

Roland Nöstlinger: AUVA: Erfolgsmodell in Bedrängnis

Außerhalb des Schwerpunkts

Iris Woltran: Herausforderung Kinderarmut in Österreich

Das ASVG und der Sozialstaat für alle¹

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 84 |
| 2. Sozialausgaben | 86 |
| 3. Generosität des Sozialstaates | 90 |
| 4. Einnahmen des Sozialstaates | 92 |
| 5. Einkommensungleichheit und Armut | 94 |
| 6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 98 |

*Dennis
Tamesberger*

*Dennis Tamesberger
ist Leiter des Teams
Sozialpolitik in der
Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesell-
schaftspolitik der
Arbeiterkammer
Oberösterreich.*

1. Einleitung

*Ursprung der
Sozialversicherung:
Entschärfung der
„Arbeiterfrage“*

Von Beginn an lag dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) in Österreich die Vision zugrunde, eine „Volksversicherung“ zu etablieren, die soziale Sicherheit für alle schafft. Das ASVG sollte zur „Vollendung vom Sozialstaat“ beitragen (Tálos 1981: 342, vgl. auch Tálos 2025, in diesem Heft). Diese Vision hatte jedoch nicht nur sozialpolitische Zielsetzungen, sondern war auch von gesamtstaatlichen Interessen motiviert. So sollte die Sozialversicherung ursprünglich die „Arbeiterfrage“ entschärfen. Durch die Einbeziehung der Arbeiterorganisationen in den Staat und durch die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer:innen sollten revolutionäre Tendenzen abgemildert werden (Steiner 2015). Das ASVG wurde aber auch zum Leitgesetz für die Sozialversicherung weiterer Bevölkerungsgruppen (Tálos 1981). Neben Selbständigen wurden auch Ärzt:innen, Apotheker:innen, Dentist:innen, Tierärzt:innen sowie Bauern und Bäuerinnen in die Sozialversicherung einbezogen. Hierfür gab es Motive, die über sozial- und gesundheitspolitische Aspekte hinausgingen. Es ging darum, durch die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen die damals vorherrschenden Frontstellungen gegenüber der Sozialpolitik und dem Sozialstaat abzubauen (Tálos & Obinger 2020).

Obwohl es durch das ASVG gelang, fast die ganze Bevölkerung zu Anspruchsberechtigten der Sozialversicherung zu machen, und obwohl der hohe Abdeckungsgrad bis heute weitgehend aufrechterhalten werden konnte (Praschl & Tamesberger 2025), scheint es nach wie vor Kritik an einem „Sozialstaat für alle“ (Tálos 2005) zu geben. Vor allem von Vertreter:innen der Wirtschaft (siehe z. B. Mahrer 2025) wird die Höhe der Staatsausgaben kritisiert. Rechtspopulistische Parteien kritisieren, dass die Sozialleistungen für nicht-österreichische Staatsbürger:innen zu hoch sind bzw. ausgenutzt werden (Rathgeb 2024; vgl. auch Atzmüller 2025, in diesem Heft). Wirtschaftsliberale Parteien fordern hingegen eine massive Senkung der Lohnnebenkosten – mit denen der Sozialstaat finanziert wird, weniger staatliche Bevormundung und mehr unternehmerische Freiheit (Neos 2025).

Der Frage, inwieweit die Bevölkerung hinter dem Sozialstaat steht bzw. ob und welche sozialpolitischen Maßnahmen befürwortet werden, ist Grausgruber (2019) nachgegangen. Auf Basis des Sozialen Survey 1986 bis 2016 zeigt er eine hohe Stabilität in der Zustimmung der Bevölkerung dazu, dass der Staat für die gesundheitliche Versorgung und für die Absicherung des Lebensstandards im Alter verantwortlich ist. Eine Verantwortungszuschreibung gibt es dahingehend, dass der Staat für mehr Gleichheit sorgen soll. Gestiegen sind der Wunsch nach mehr Sicherheit und die Zustimmung zur gesundheitlichen Versorgung als unabdingbarem Verantwortungsbereich des Staates. Weniger Zustimmung gibt es zur sozialstaatlichen Aufgabe, den Lebensstandard von Arbeitslosen zu sichern. Dabei gibt es geringere Zustimmungswerte von Erwerbstätigen im Vergleich zu Personen, die selbst auf Sozialleistungen angewiesen sind. Erkennbar sind also gesellschaftliche Konfliktlinien zwischen „Nutznießer:innen“ und „Nicht-Nutznießer:innen“ sozialstaatlicher Maßnahmen. Kein Indiz wurde für einen Wandel des Sozialstaates in die Richtung „mehr privat, weniger Staat“ gefunden.

Hohe Stabilität in der Zustimmung der Bevölkerung zum Sozialstaat

Disslbacher und Hoffmann (2021) widmen sich stärker der Frage nach wohlfahrtsstaatlichen Ausbau- und Verbesserungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass sich rund 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Ausbau des Sozialstaates nach skandinavischem Vorbild wünschen. Dies kann damit in Zusammenhang stehen, dass 85 Prozent der Befragten die Ungleichheit zwischen Arm und Reich in Österreich mittlerweile als zu groß empfinden. Ein Ausbau bzw. eine bessere Finanzierung wird in den Bereichen Schulen, Kinderbetreuung, Alterspensionen und Umweltschutz gewünscht. Weniger Zustimmung gibt es für eine bessere Finanzierung der Integration von Flüchtlingen.

Bevölkerung empfindet Ungleichheit zwischen Arm und Reich als zu groß

Anlässlich 70 Jahre ASVG werden in dem vorliegenden Beitrag die Konfliktlinien rund um einen „Sozialstaat für alle“ aufgegriffen und der österreichische Sozialstaat international verortet.

2. Sozialausgaben

Die Zielsetzung eines Sozialstaates für alle schlägt sich in den Sozialausgaben nieder. Auf Basis der Daten der Statistik Austria (2025) betrugen die öffentlichen Sozialausgaben in Österreich im Jahr 2024 161,17 Milliarden Euro. Die Sozialquote betrug 33,3 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Langfristig ist ein deutlicher Anstieg zu beobachten. 1990 betrug die Sozialquote noch 26,3 Prozent. Der aktuelle hohe Wert ergibt sich aufgrund der automatischen Stabilisierungswirkung sozialstaatlicher Ausgaben. In Rezessionen steigt die Arbeitslosigkeit, was zu höheren Sozialausgaben führt. Gleichzeitig bedeutet ein schrumpfendes BIP, dass der Anteil der Sozialausgaben rein mathematisch höher ist.

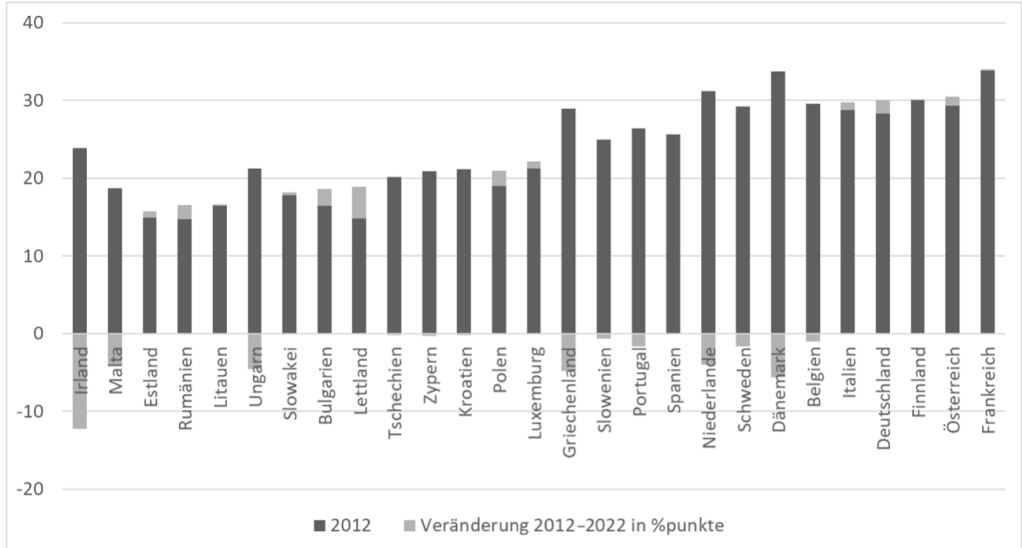
*Hohe Sozialquote
in Österreich
als Folge der
Rezession*

Auf EU-Ebene beziehen sich die letztverfügbaren vollständigen Daten der EU-27 auf das Jahr 2022. Im Jahr 2022 hatte Österreich mit 30,45 Prozent vom BIP die zweithöchsten Sozialausgaben in der EU. Nur Frankreich hatte mit 33,98 Prozent vom BIP höhere Sozialausgaben. Im internationalen Vergleich ist die Sozialquote in Österreich hoch, was nicht nur auf den gut ausgebauten Sozialstaat zurückzuführen ist, sondern vor allem auf die lang anhaltende Rezession in Österreich. Viele andere europäische Länder verzeichnen eine bessere wirtschaftliche Entwicklung, was die Sozialquoten senkt.

Die niedrigsten Sozialausgaben im Verhältnis zum BIP hatten Irland, Malta und Estland. Irland ist auffallend, da es in den letzten 10 Jahren durch eine deutliche Reduktion (-12,29 Prozentpunkte) gekennzeichnet ist. Offensichtlich ist das Wirtschaftswachstum in Irland von ganz speziellen Wirtschaftsaktivitäten getrieben (McDonnell 2015), die internationale Vergleiche schwer machen. Die geringen Sozialausgaben von Irland gemessen am BIP sind daher nur bedingt aussagekräftig. Anders ist die Situation in Ländern wie den Niederlanden, Dänemark und Schweden, wo die Sozialausgaben in den letzten 10 Jahren reduziert wurden. Dies ist überraschend, da die skandinavischen Länder lange Zeit als Vorbilder fortschrittlicher Sozialstaaten galten (Esping-Andersen 1990). Italien, Deutschland und Österreich steigerten hingegen ihre Sozialausgaben. Auch bei manchen osteuropäischen Staaten kam es zu Steigerungen der Sozialausgaben, aber von einem wesentlich niedrigeren Ausgangsniveau.

Abbildung 1

Entwicklung Sozialausgaben in der EU 2012–2022, in Prozentpunkten vom BIP



Quelle: Eurostat (spr_exp_type)

In Hinblick auf die Sozialstaatsdebatte ist nicht nur das Gesamtvolumen der Sozialausgaben relevant, sondern auch, wofür die Sozialausgaben verwendet werden. In Tabelle 1 werden die letztverfügbaren vollständigen Daten für die EU-27 (Jahr 2022) dargestellt und die Länder je Ausgabenkategorie gereiht. Dies verdeutlicht, wo ein Land bei den Sozialausgaben Schwerpunkte setzt bzw. welche politische Priorität eingeräumt wird. Österreich gab 2022 49,6 Prozent der Sozialausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aus (44,6 Prozent + 5 Prozent) aus. Damit liegt Österreich im oberen Drittel der EU-27, gibt anteilmäßig aber bei weitem nicht am meisten aus. Interessanterweise sind es südeuropäische Länder (Portugal, Italien, Griechenland), die anteilmäßig am meisten für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung ausgeben. Deutlich niedrigere Werte weisen die Länder Irland, Dänemark und Luxemburg auf.

Bei den Ausgaben für die Gesundheitsversorgung und Versorgung bei Behinderung liegt Österreich anteilmäßig im unteren Drittel.

Österreich bei Sozialausgaben für Gesundheit und bei Behinderung anteilmäßig im unteren Drittel der EU

Österreich gab im Jahr 2022 28,2 Prozent der Sozialausgaben für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aus und 5,3 Prozent für die Versorgung bei Invalidität aus – in Summe somit 33,5 Prozent der Sozialausgaben. Länder wie die Niederlande, Kroatien und Irland geben anteilmäßig wesentlich mehr als Österreich für Gesundheit aus, zum Teil fast die Hälfte der Sozialausgaben.

Tabelle 1
Anteil der Sozialausgaben nach Funktion in der EU in Prozent, im Jahr 2022

| Alters- und Hinterbliebenenversorgung | | Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität | | Familie/Kinder | | Arbeitslosigkeit | | Wohnen und soziale Exklusion | |
|---------------------------------------|--------------|---|--------------|-----------------------|-------------|-----------------------|------------|------------------------------|-------------|
| Irland | 31,18 | Griechenland | 26,69 | Zypern | 4,44 | Rumänien | 0,41 | Estland | 1,03 |
| Dänemark | 39,29 | Italien | 28,27 | Niederlande | 4,71 | Polen | 0,9 | Slowakei | 1,35 |
| Luxemburg | 39,93 | Polen | 30,37 | Italien | 5,21 | Ungarn | 1,51 | Bulgarien | 1,37 |
| Litauen | 41,25 | Finnland | 32,59 | Portugal | 5,3 | Niederlande | 1,83 | Portugal | 1,43 |
| Estland | 41,26 | Rumänien | 32,77 | Griechenland | 5,56 | Kroatien | 1,87 | Rumänien | 1,46 |
| Kroatien | 41,44 | Österreich | 33,53 | Spanien | 5,79 | Tschechische Republik | 2 | Polen | 1,56 |
| Niederlande | 41,48 | Portugal | 35,39 | Malta | 5,9 | Slowenien | 2,62 | Lettland | 1,89 |
| Deutschland | 41,83 | Spanien | 35,78 | Frankreich | 6,96 | Schweden | 2,64 | Kroatien | 1,95 |
| Lettland | 42,94 | Ungarn | 36,39 | Belgien | 7,44 | Portugal | 2,85 | Österreich | 2,18 |
| Frankreich | 44,25 | Bulgarien | 36,63 | Slowenien | 7,45 | Bulgarien | 2,88 | Spanien | 2,3 |
| Slowenien | 44,46 | Frankreich | 37,42 | Tschechische Republik | 8,47 | Luxemburg | 2,92 | Tschechische Republik | 2,31 |
| Slowakei | 45,2 | Malta | 37,6 | Bulgarien | 8,77 | Dänemark | 3,07 | Griechenland | 2,37 |
| Finnland | 45,78 | Schweden | 37,8 | Kroatien | 9,1 | Lettland | 3,09 | Deutschland | 2,48 |
| Zypern | 45,8 | Belgien | 37,82 | Österreich | 9,13 | Deutschland | 3,29 | Litauen | 2,7 |
| Schweden | 46,14 | Slowakei | 39,03 | Irland | 9,21 | Slowakei | 3,65 | Luxemburg | 3,11 |
| Tschechische Republik | 46,59 | Luxemburg | 39,27 | Schweden | 10,2 | Griechenland | 3,67 | Malta | 3,15 |
| Belgien | 47 | Zypern | 39,29 | Finnland | 10,22 | Belgien | 3,82 | Slowenien | 3,21 |
| Ungarn | 48,33 | Litauen | 39,71 | Lettland | 10,5 | Estland | 4,09 | Schweden | 3,22 |
| Malta | 48,63 | Dänemark | 40,25 | Ungarn | 10,53 | Italien | 4,18 | Ungarn | 3,24 |
| Österreich | 49,56 | Deutschland | 40,59 | Slowakei | 10,77 | Irland | 4,33 | Belgien | 3,92 |
| Spanien | 49,57 | Tschechische Republik | 40,63 | Dänemark | 10,8 | Zypern | 4,58 | Italien | 5,05 |
| Bulgarien | 50,34 | Estland | 41,19 | Litauen | 11,67 | Litauen | 4,66 | Frankreich | 5,74 |
| Polen | 51,61 | Lettland | 41,59 | Deutschland | 11,81 | Malta | 4,73 | Irland | 5,77 |
| Rumänien | 53,52 | Slowenien | 42,25 | Rumänien | 11,85 | Finnland | 5,21 | Zypern | 5,89 |
| Portugal | 55,03 | Niederlande | 45,33 | Estland | 12,43 | Österreich | 5,6 | Finnland | 6,2 |
| Italien | 57,28 | Kroatien | 45,64 | Luxemburg | 14,76 | Frankreich | 5,63 | Dänemark | 6,59 |
| Griechenland | 61,71 | Irland | 49,5 | Polen | 15,56 | Spanien | 6,55 | Niederlande | 6,65 |

Quelle: Eurostat (spr_exp_func)

Im Bereich Familie und Kinder liegt Österreich mit 9,13 Prozent der Sozialausgaben im Mittelfeld in der EU. Dies erscheint durchaus überraschend angesichts der Einordnung Österreichs als konservativer Wohlfahrtsstaat, wo der Förderung und Absicherung der Familie traditionell hohe Priorität eingeräumt wird (Esping-Andersen 1990).

Selbst die skandinavischen Länder Schweden, Finnland und Dänemark weisen anteilmäßig höhere Sozialausgaben für Familie und Kinder auf als Österreich. Dies sind offensichtlich sozialstaatliche Veränderungen, die ggf. die Wohlfahrts-Typologie von Esping-Andersen (1990) beeinflussen würden. Bei den skandinavischen Ländern müssen die anteilmäßig höheren Ausgaben für Familien und Kinder nicht notwendigerweise daraus resultieren, dass diese Länder aktuell mehr für die Zielgruppen investieren. Die aktuelle Einordnung kann auch damit zusammenhängen, dass die skandinavischen Länder in anderen sozialstaatlichen Bereichen gekürzt haben.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt hat Österreich mit 5,6 Prozent anteilmäßig die dritthöchsten Sozialausgaben für Arbeitslosigkeit bzw. für Arbeitsmarktpolitik. Auch dieser Befund ist überraschend, da man hier eher eine Priorität bei den skandinavischen Ländern (Esping-Andersen 1990) vermutet hätte. Die Sozialausgaben für Arbeitslosigkeit sind natürlich von der Anzahl der Arbeitssuchenden beeinflusst. Dies ist der Grund, warum Spanien hier die höchsten Werte aufweist, denn Spanien wies im Jahr 2022 mit 13 Prozent die höchste Arbeitslosenquote in der EU auf. Die relativ hohen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik in Österreich können nicht von der Arbeitslosigkeit getrieben sein, da Österreich 2022 mit 4,8 Prozent eine vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote hatte. Vielmehr scheint es, dass im Jahr 2022 die hohen Ausgaben durch spezifische Maßnahmen in der Folge der Corona-Krise, z. B. Kurzarbeit (Tamesberger & Theurl 2021), verursacht sind.

Wohnen und Kampf gegen soziale Exklusion haben bislang wenig sozialstaatliche Priorität in Österreich

Für Wohnen und gegen soziale Exklusion gab Österreich rund 2,2 Prozent der Sozialausgaben aus. Dies ist ein vergleichsweise geringer Wert und Österreich reiht sich hier in die Gruppe bestehend aus osteuropäischen Ländern und Portugal ein. Deutlich höhere Werte haben die Länder Finnland, Dänemark und die Niederlande, wo offensichtlich die Vermeidung von sozialer Exklusion sowie soziales Wohnen einen hohen Stellenwert haben.

3. Generosität des Sozialstaates

Eine internationale vergleichende Darstellung der Generosität von Sozialstaaten – also in Hinblick auf die „Großzügigkeit“ von Sozialleistungen – ist aufgrund der Datenlage ein schwieriges Unterfangen.

Scrugg (2022a) stellt hierfür einen internationalen Datensatz zu Verfügung, der die Bereiche Arbeitslosenversicherung², Krankenversicherung und öffentliche Pensionen mit einer Vielzahl an Variablen abdeckt. Für den Zweck der Einordnung Österreichs werden hier die Ersatzraten bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und bei Renten bzw. bei Pensionen dargestellt. Ebenso wird ein Gesamtindex der Wohlfahrtsgenerosität (Scrugg 2014) herangezogen, um sich einem Gesamtbild der Wohlfahrtsstaaten anzunähern.

Tabelle 2
Sozialstaats-Generosität-Indizes im Jahr 2018

| Ersatzrate bei Arbeitslosigkeit | | Ersatzrate bei Krankheit | | Ersatzrate bei Renten/Pensionen | | Gesamtindex Wohlfahrts-Generosität | |
|---------------------------------|-------------|--------------------------|-------------|---------------------------------|-------------|------------------------------------|--------------|
| Großbritannien | 0,17 | USA | N.N. | Australien | 0,36 | Neuseeland | 20,12 |
| Neuseeland | 0,21 | Großbritannien | 0,21 | Neuseeland | 0,40 | Australien | 21,09 |
| Australien | 0,22 | Neuseeland | 0,21 | Schweiz | 0,40 | USA | 21,80 |
| Griechenland | 0,32 | Australien | 0,22 | Irland | 0,43 | Griechenland | 24,25 |
| Irland | 0,33 | Irland | 0,33 | Dänemark | 0,48 | Großbritannien | 25,99 |
| Japan | 0,54 | Kanada | 0,39 | Japan | 0,48 | Japan | 26,56 |
| Dänemark | 0,55 | Dänemark | 0,55 | Niederlande | 0,51 | Kanada | 27,43 |
| Österreich | 0,55 | Finnland | 0,63 | Schweden | 0,53 | Irland | 29,41 |
| USA | 0,56 | Deutschland | 0,64 | Frankreich | 0,54 | Italien | 30,86 |
| Finnland | 0,58 | Frankreich | 0,64 | USA | 0,56 | Deutschland | 33,28 |
| Deutschland | 0,60 | Griechenland | 0,64 | Kanada | 0,58 | Dänemark | 33,30 |
| Kanada | 0,62 | Japan | 0,70 | Deutschland | 0,59 | Finnland | 33,87 |
| Italien | 0,64 | Niederlande | 0,72 | Großbritannien | 0,65 | Frankreich | 35,97 |
| Belgien | 0,64 | Schweden | 0,75 | Finnland | 0,67 | Schweden | 36,33 |
| Spanien | 0,65 | Spanien | 0,78 | Norwegen | 0,73 | Spanien | 36,40 |
| Schweden | 0,67 | Italien | 0,80 | Belgien | 0,73 | Schweiz | 37,06 |
| Norwegen | 0,67 | Belgien | 0,82 | Portugal | 0,79 | Niederlande | 37,69 |
| Frankreich | 0,68 | Portugal | 0,86 | Österreich | 0,81 | Österreich | 37,90 |
| Schweiz | 0,76 | Schweiz | 0,88 | Italien | 0,84 | Portugal | 39,56 |
| Niederlande | 0,77 | Österreich | 0,97 | Griechenland | 0,84 | Belgien | 40,96 |
| Portugal | 0,82 | Norwegen | 1,00 | Spanien | 1,01 | Norwegen | 45,41 |

Quelle: Scrugg (2022a)
Anmerkungen: Die Ersatzrate bei Arbeitslosigkeit umfasst alleinstehende Personen (Variable UE_RR_S100 Replacement rate: Single 100%). Die Ersatzrate bei Krankheit bezieht sich auf alleinstehende Personen (Variable SK_RR_S100 Replacement rate: Single 100%). Die Ersatzrate bei Renten bzw. Pensionen bezieht sich auf Standard- und nicht auf Mindestpensionen (Variable SP_RR_S100 Replacement rate: Single 100%). Der Gesamtindex Wohlfahrts-Generosität ist die Variable TOT_GEN Combined Generosity Index (Scrugg 2022b).

Obwohl in Kapitel 2 angeführt wurde, dass Österreich anteilmäßig relativ viel von den Sozialausgaben für Arbeitsmarktpolitik ausgibt, liegt die Ersatzrate in der Arbeitslosenversicherung mit rund 55 Prozent im unteren Drittel der ausgewiesenen Länder. Dies legt nahe, dass die anteilmäßig hohen Sozialausgaben eher für arbeitsmarktpolitische Angebote wie Qualifizierung oder Kurzarbeit verwendet werden.

Sehr niedrige Ersatzraten haben die Länder Großbritannien, Australien und Neuseeland, wo man im Falle der Arbeitslosigkeit auf rund ein Fünftel des letzten Lohnes hinunterfällt. Deutlich höhere Ersatzraten bei Arbeitslosigkeit weisen Schweden, Norwegen, Frankreich, die Schweiz, die Niederlande und Portugal auf.

Bei Krankheit hat Österreich bei der Entgeltfortzahlung eine der höchsten Ersatzraten unter den ausgewiesenen Ländern. Extrem niedrig sind die Ersatzraten bei Krankheit wiederum in den angelsächsischen Ländern. Überraschend niedrig ist mit 55 Prozent die Ersatzrate bei Krankheit in Dänemark. Bei den Renten und Pensionen weist Österreich gemeinsam mit den südeuropäischen Ländern relative hohe Ersatzraten zur finanziellen Absicherung im Alter auf. Auffallend ist, dass nicht nur manche angelsächsischen Länder eine niedrige öffentliche finanzielle Absicherung im Alter aufweisen, sondern auch die Schweiz und Dänemark mit unter 50 Prozent Lohnersatzrate in der Pension.

In Hinblick auf die Gesamtgenerosität des Wohlfahrtsstaates liegt Österreich im oberen Drittel gemeinsam mit den Ländern Schweiz, Niederlande, Portugal, Belgien und Norwegen. Die Generosität ist jedoch je nach Land und so auch in Österreich sehr unterschiedlich nach Leistungsbereich ausgeprägt. Während Österreich bei Krankheit und im Alter gut absichert, liegt es bei der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit im unteren Drittel.

*Gesamtgenerosität
des Wohlfahrts-
staates: Österreich
im oberen Drittel*

4. Einnahmen des Sozialstaates

*Österreich als
Beispiel für ein bei-
tragsfinanziertes
Sozialstaatssystem*

In Bezug auf die Konfliktlinie über die Finanzierung des Sozialstaates zeigt sich, dass Österreich nach wie vor als eher Bismarck'sches Sozialstaatssystem bezeichnet werden kann, da es stark auf einer beitragsfinanzierten Sozialversicherung basiert. Im Jahr 2022 betrugen die öffentlichen Beiträge zum Sozialstaat in Österreich 11,45 Prozent. Deutlich höhere öffentliche Beiträge haben die skandinavischen Länder Schweden, Finnland und Dänemark, aber auch Frankreich.

Die sogenannten Arbeitgeberbeiträge zum Sozialstaat, die Lohnkostenbestandteile sind und nicht eine zusätzliche Leistung der Unternehmen darstellen (vgl. die Beiträge von Tálos und Csóka in diesem Heft), machen in Österreich 10,36 Prozent vom BIP aus und die Arbeitnehmer:innenbeiträge belaufen sich auf 7,77 Prozent vom BIP, wobei Österreich jeweils im oberen Drittel in der EU-27 liegt. In Frankreich sind die Arbeitgeberbeiträge um 2,5 Prozentpunkte vom BIP höher als in Österreich. Auch in Schweden liegen die Arbeitgeberbeiträge um 1 Prozentpunkt höher als in Österreich. Rumänien ist auf der anderen Seite ein Extrembeispiel, da hier sowohl die öffentlichen als auch die Sozialstaatsbeiträge der Arbeitgeber:innen die niedrigsten in der EU sind und somit die Arbeitnehmer:innen in Rumänien am meisten zum Sozialstaat beitragen.

Bei den sonstigen Einnahmen des Sozialstaates liegt Österreich im Mittelfeld. Während in vielen europäischen Ländern die sonstigen Einnahmen eine geringe Rolle spielen, sind diese in den Niederlanden mit 4,19 Prozent durchaus eine relevante Größe für die Sozialstaatsfinanzierung.

Tabelle 3

Einnahmen des Sozialstaates nach Art, gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2022, in der EU-27

| Öffentliche Beiträge | | Arbeitgeberbeiträge | | Arbeitnehmer:innen-beiträge | | Sonstiges | |
|-----------------------|--------------|-----------------------|--------------|-----------------------------|-------------|-----------------------|-------------|
| Rumänien | 4,09 | Rumänien | 1,67 | Estland | 0,2 | Estland | 0,02 |
| Estland | 4,35 | Litauen | 2,78 | Malta | 1,04 | Lettland | 0,03 |
| Slowakei | 4,66 | Malta | 2,85 | Irland | 1,6 | Ungarn | 0,04 |
| Tschechische Republik | 5,34 | Irland | 3,27 | Dänemark | 2,57 | Spanien | 0,08 |
| Polen | 5,97 | Dänemark | 3,76 | Schweden | 2,7 | Rumänien | 0,09 |
| Ungarn | 6,64 | Ungarn | 4,02 | Lettland | 2,95 | Litauen | 0,2 |
| Slowenien | 6,96 | Zypern | 4,84 | Spanien | 2,98 | Tschechische Republik | 0,23 |
| Irland | 7,5 | Griechenland | 6,11 | Bulgarien | 3,9 | Bulgarien | 0,27 |
| Litauen | 8,18 | Bulgarien | 6,26 | Polen | 4,33 | Slowenien | 0,33 |
| Kroatien | 8,26 | Kroatien | 6,26 | Italien | 4,46 | Slowakei | 0,38 |
| Niederlande | 8,31 | Luxemburg | 6,3 | Slowakei | 4,48 | Österreich | 0,39 |
| Lettland | 8,69 | Slowenien | 7,01 | Portugal | 4,49 | Deutschland | 0,49 |
| Bulgarien | 9,58 | Lettland | 7,33 | Tschechische Republik | 4,53 | Italien | 0,52 |
| Malta | 9,64 | Polen | 8,29 | Finnland | 4,57 | Belgien | 0,61 |
| Zypern | 9,72 | Portugal | 8,4 | Zypern | 5,19 | Irland | 0,64 |
| Deutschland | 10,78 | Finnland | 9,54 | Ungarn | 5,34 | Zypern | 0,68 |
| Luxemburg | 10,82 | Niederlande | 9,78 | Belgien | 5,53 | Schweden | 0,69 |
| Österreich | 11,45 | Tschechische Republik | 9,91 | Frankreich | 5,62 | Luxemburg | 0,74 |
| Spanien | 11,58 | Slowakei | 10,16 | Luxemburg | 5,82 | Kroatien | 0,85 |
| Portugal | 12,02 | Österreich | 10,36 | Griechenland | 5,87 | Malta | 0,91 |
| Belgien | 12,1 | Italien | 10,46 | Litauen | 6,34 | Frankreich | 0,94 |
| Griechenland | 12,24 | Estland | 10,62 | Kroatien | 7,12 | Griechenland | 1,2 |
| Italien | 14,84 | Deutschland | 10,67 | Österreich | 7,77 | Polen | 1,51 |
| Schweden | 15,02 | Spanien | 10,97 | Niederlande | 9,21 | Finnland | 1,65 |
| Finnland | 15,18 | Belgien | 11,1 | Deutschland | 9,57 | Dänemark | 1,97 |
| Frankreich | 15,24 | Schweden | 11,32 | Slowenien | 9,88 | Portugal | 1,98 |
| Dänemark | 24,28 | Frankreich | 12,81 | Rumänien | 10,8 | Niederlande | 4,19 |

Quelle: Eurostat (spr_rec_sumt)

5. Einkommensungleichheit und Armut

Die Reduktion von Armut und Ungleichheit ist ein zentrales sozialpolitisches Ziel (Tálos & Obinger 2020) und auch in der Bevölkerung herrscht dazu ein Problembewusstsein (siehe Kapitel 1). Wilkinson und Pickett (2009) haben eindrucksvoll für eine Vielzahl an Ländern gezeigt, dass Einkommensungleichheit mit vielen negativen Phänomenen einhergeht, darunter u. a. schlechtere Gesundheit, geringere Lebenserwartung, mehr Gewalt, psychische Probleme und geringere Bildungsleistungen. Stiglitz (2012) betont, dass Ungleichheit ökonomisch ineffizient ist, zu weniger Produktivität und Wachstum führt sowie langfristig die Stabilität von Volkswirtschaften gefährden kann. Darüber hinaus folgert er auf Basis der Erfahrungen in den USA, dass Ungleichheit die Demokratie aushöhlen kann.

Österreich hatte im Jahr 2024 einen Gini-Koeffizienten von 28,4. Je höher der Wert, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung in dem Land. Mit diesem Wert liegt Österreich ca. im Mittelfeld der EU-27, ähnlich wie Dänemark. Spannend ist, dass einige ehemalige osteuropäische Länder wie die Slowakei, Tschechien, Slowenien, Polen nach wie vor eine relative gleiche Einkommensverteilung in der Gesellschaft haben. Nichtzutreffend ist der Befund für Bulgarien. Auch in den baltischen Staaten ist die Einkommensverteilung deutlich ungleicher ausgeprägt als in Österreich.

Zunahme der Einkommensungleichheit in Österreich kann Zustimmung zum Sozialstaat schwächen

Für die Zustimmung zum Sozialstaat ist nicht nur seine Wirkung auf die aktuelle Ungleichheit relevant, sondern auch die zeitliche Entwicklung. Betrachtet man die Entwicklung der Ungleichheit zwischen 2014 und 2024, zeigt sich ein gegenläufiger Trend im EU-Durchschnitt und in Österreich. Während in der EU-27 der Gini-Koeffizient in diesem Zeitraum von 30,9 auf 29,4 gesunken ist, stieg dieser in Österreich von 27,6 auf 28,4. Anders ausgedrückt, während in der EU die Einkommensungleichheit abnimmt, nimmt sie in Österreich zu, was die Zustimmung zum Sozialstaat schwächen kann.

Tabelle 4*Einkommensungleichheit und Armut in der EU-27, im Jahr 2024*

| Gini-Koeffizient | | Armutsgefährdungsquote insgesamt in % | | Armutsgefährdungsquote bei geringer Bildung in %, 18 Jahre und mehr | | Armutsgefährdungsquote bei mittlerer Bildung in %, 18 Jahre und mehr | | Armutsgefährdungsquote bei hoher Bildung in %, 18 Jahre und mehr | |
|-----------------------|-------------|---------------------------------------|-------------|---|-------------|--|-------------|--|-------------|
| Slowakei | 21,7 | Tschechische Republik | 9,5 | Dänemark | 16,3 | Tschechische Republik | 7,9 | Rumänien | 2,1 |
| Tschechische Republik | 23,7 | Belgien | 11,4 | Finnland | 18,3 | Niederlande | 10,9 | Tschechische Republik | 3,5 |
| Slowenien | 23,8 | Dänemark | 11,6 | Niederlande | 18,5 | Belgien | 11,1 | Ungarn | 4,4 |
| Belgien | 24,6 | Niederlande | 12,1 | Belgien | 20,7 | Malta | 11,4 | Zypern | 5,1 |
| Niederlande | 25,9 | Finnland | 12,6 | Schweden | 22,7 | Österreich | 11,4 | Finnland | 5,1 |
| Polen | 26 | Irland | 12,7 | Portugal | 23,4 | Schweden | 11,9 | Belgien | 5,6 |
| Finnland | 26,1 | Slowenien | 13,2 | Tschechische Republik | 23,5 | Slowakei | 12 | Irland | 5,7 |
| Irland | 26,4 | Polen | 13,8 | Frankreich | 24,2 | Irland | 12,2 | Slowenien | 5,9 |
| Schweden | 27,6 | Ungarn | 14,3 | Malta | 24,2 | Ungarn | 12,2 | Kroatien | 6 |
| Ungarn | 28 | Österreich | 14,3 | Spanien | 25 | Portugal | 12,3 | Polen | 6,3 |
| Rumänien | 28 | Slowakei | 14,5 | Polen | 25,9 | Rumänien | 12,5 | Portugal | 6,4 |
| Österreich | 28,4 | Zypern | 14,6 | Italien | 26,2 | Dänemark | 13,2 | Griechenland | 7 |
| Dänemark | 28,6 | Schweden | 14,8 | Irland | 26,3 | Slowenien | 13,7 | Frankreich | 7 |
| Deutschland | 29,5 | Deutschland | 15,5 | Österreich | 26,9 | Zypern | 14,3 | Luxemburg | 7,2 |
| Kroatien | 29,8 | Frankreich | 15,9 | Deutschland | 27,7 | Deutschland | 14,7 | Italien | 7,5 |
| Frankreich | 30 | Portugal | 16,6 | Griechenland | 28,3 | Frankreich | 15,1 | Malta | 7,8 |
| Zypern | 30,1 | Malta | 16,8 | Luxemburg | 29,9 | Italien | 15,1 | Bulgarien | 8 |
| Luxemburg | 30,1 | Luxemburg | 18,1 | Slowakei | 30,8 | Polen | 15,5 | Niederlande | 8 |
| Estland | 30,8 | Italien | 18,9 | Slowenien | 32,3 | Finnland | 16,1 | Slowakei | 8,3 |
| Malta | 30,8 | Rumänien | 19 | Ungarn | 32,9 | Bulgarien | 17,8 | Dänemark | 8,6 |
| Spanien | 31,2 | Griechenland | 19,6 | Estland | 34,7 | Spanien | 18,4 | Deutschland | 8,8 |
| Griechenland | 31,8 | Spanien | 19,7 | Zypern | 35,5 | Kroatien | 18,9 | Schweden | 8,8 |
| Portugal | 31,9 | Estland | 20,2 | Rumänien | 39 | Griechenland | 19,1 | Spanien | 9,1 |
| Italien | 32,2 | Kroatien | 20,3 | Lettland | 40,1 | Luxemburg | 20,7 | Litauen | 9,6 |
| Lettland | 34,2 | Litauen | 21,5 | Litauen | 41,4 | Estland | 25,4 | Österreich | 10,2 |
| Litauen | 35,3 | Lettland | 21,6 | Bulgarien | 46,5 | Lettland | 27,5 | Lettland | 11,5 |
| Bulgarien | 38,4 | Bulgarien | 21,7 | Kroatien | 47,3 | Litauen | 28,9 | Estland | 15,7 |

Quelle: Eurostat (tps00151, tessi010)

Anmerkungen: Der Gini-Koeffizient wird als die Beziehung von kumulativen Anteilen der Bevölkerung eingeordnet gemäß dem Niveau des verfügbaren Äquivalenzeinkommens zum kumulativen Anteil des verfügbaren Äquivalenztotealeinkommens definiert. Die Armutsgefährdungsquote ist der Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist (EU-SILC). Geringe Bildung ist definiert als Bildungsabschluss unterhalb des Primarbereichs, im Primarbereich und im Sekundarbereich I (Stufen 0–2). Mittlere Bildung ist definiert als Bildungsabschluss im Sekundarbereich II und im postsekundären, nicht tertiären Bereich (Stufen 3 und 4). Höhere Bildung ist definiert als Bildungsabschluss im Tertiärbereich (Stufen 5–8).

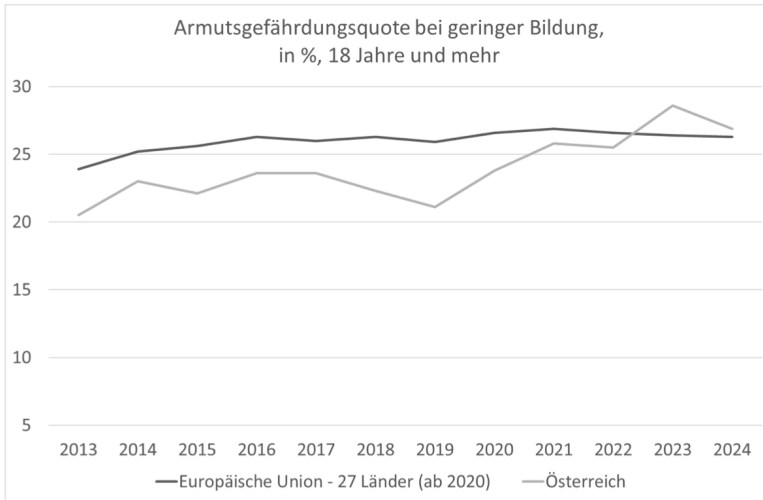
In Bezug auf die Armutsgefährdungsquote liegt Österreich mit 14,3 ca. im unteren Drittel der EU, wobei es einige weniger wohlhabende Länder gibt wie Polen, Slowenien und Tschechien, denen es gelingt, eine niedrige Armutsquote wie Österreich aufzuweisen.

Eine Differenzierung der Armutsgefährdung nach höchstem Bildungsabschluss bringt interessante Auffälligkeiten zu Tage.

*differenzierte
Armutsgefährdung
in Österreich nach
Bildungsabschluss*

So liegt Österreich bei der Armutsgefährdung von Menschen mit geringer Bildung mit 26,9 Prozent nur mehr im Mittelfeld der EU. Offensichtlich gelingt es dem Sozialstaat in Österreich nur bedingt, Menschen mit geringer Bildung vor Armut zu schützen. Das hohe Armutsrisiko steht natürlich auch im Zusammenhang mit dem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko dieser Gruppe (Dimmel et al. 2024). Beeindruckend ist, dass es allen skandinavischen Ländern gelingt, die Armutsgefährdung von Menschen mit geringer Bildung vergleichsweise gering zu halten.

Gleichzeitig ist Österreich gut, die Armutsgefährdung von Menschen mit mittlerer Bildung vergleichsweise niedrig zu halten. Aber Österreich hat auch die dritthöchste Armutsquote von Menschen mit höherer Bildung.

Abbildung 2*Armutsgefährdungsquote bei geringer Bildung*

Quelle: Eurostat (tps00151, tessi010)

Anmerkungen: Die Armutsgefährdungsquote ist der Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist (EU-SILC). Geringe Bildung ist definiert als Bildungsabschluss unterhalb des Primarbereichs, im Primarbereich und im Sekundarbereich I (Stufen 0–2).

Noch deutlicher wird die Problemlage bei der Betrachtung der Armutsgefährdungsquote von Menschen mit geringer Bildung. Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass die Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe sowohl in der EU als auch in Österreich seit 2013 gestiegen ist. In der EU-27 ist die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit geringer Bildung von 23,9 Prozent auf 26,3 Prozent – also um 2,4 Prozentpunkte – gestiegen und in Österreich von 20,5 Prozent auf 26,9 Prozent (+6,4 Prozentpunkte). Dies bedeutet, dass die Armutsgefährdung von Menschen mit geringer Bildung in Österreich deutlich stärker gestiegen ist als im EU-Durchschnitt und seit dem Jahr 2023 sogar eine höhere Quote aufweist. Diese negative Entwicklung ist vor allem seit dem Jahr 2020 zu beobachten, seit dem Österreich mit multiplen Krisen konfrontiert ist und die Politik offensichtlich nicht die richtigen Lösungen gefunden hat (Dimmel et al. 2024).

Armutsgefährdungsquote bei Menschen mit geringer Bildung über dem EU-Durchschnitt

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Anlässlich 70 Jahre ASVG hat der vorliegende Beitrag aktuelle Konfliktlinien rund um einen Sozialstaat für alle – wie die ursprüngliche Vision des ASVG lautete – aufgegriffen und den österreichischen Sozialstaat durch eine internationale, vergleichende Perspektive eingeordnet. Damit bietet der Beitrag aktuelle, internationale Evidenz für die Diskussion rund um die Kritik am österreichischen Sozialstaat.

Österreichs Sozialstaat ist nach wie vor leistungsstark

Im internationalen Vergleich ist die Sozialquote von Österreich relativ hoch, was nicht nur auf den gut ausgebauten Sozialstaat zurückzuführen ist, sondern auch auf die lang anhaltende Rezession, da die Sozialquote als Anteil vom BIP berechnet wird. Österreich gibt knapp die Hälfte der Sozialausgaben für Alters- und Hinterbliebenenversorgung aus. Damit liegt Österreich im oberen Drittel der EU-27, gibt anteilmäßig aber bei weitem nicht am meisten aus. Der österreichische Sozialstaat ist nach wie vor als leistungsstark zu bezeichnen (Obinger 2015). Bei den Ausgaben für die Gesundheitsversorgung und Versorgung bei Behinderung liegt Österreich anteilmäßig im unteren Drittel. Im Bereich Familie und Kinder liegt Österreich im Mittelfeld in der EU. Für Wohnen und gegen soziale Exklusion gibt Österreich vergleichsweise wenig aus.

Darüber hinaus wurde die Generosität des Sozialstaates anhand mehrerer Indikatoren dargestellt. In Summe ist die Generosität der Sozialleistungen in Österreich vergleichsweise umfassend und als gute Absicherung einzustufen, was der Grundidee des ASVG entspricht. Hohe Ersatzraten sind vor allem bei Krankheit und in der Pension in Österreich gewährleistet. Im Fall von Arbeitslosigkeit hat Österreich eine niedrige Ersatzrate bzw. eine niedrige finanzielle Absicherung. Diese Prioritätensetzung entspricht weitgehend der Zustimmung der österreichischen Bevölkerung. Die Kritik, dass der österreichische Sozialstaat zu großzügig gegenüber Arbeitslosen ist und diese daher das System ausnutzen (siehe Kapitel 1), scheint vor dem Hintergrund der internationalen Daten nicht berechtigt zu sein.

Auch die Kritik, dass die Arbeitgeber zu hohe Sozialstaatsbeiträge in Österreich zahlen, scheint im internationalen Vergleich nicht gerechtfertigt zu sein. In Österreich sind im Bismarck'schen Sozialstaatsystem die Einnahmen des Sozialstaates durch Arbeitgeberbeiträge

im oberen Drittel der EU-27. Aber eine Reihe von Ländern generieren deutliche höhere Sozialstaatseinnahmen durch die Arbeitgeber.

Durchaus berechtigt ist die Wahrnehmung der österreichischen Bevölkerung, dass die Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu groß ist und der Sozialstaat dies nicht ausreichend korrigiert (siehe Kapitel 1). Ein zentraler Befund dieses Artikels ist, dass die Einkommensungleichheit in Österreich stärker steigt als in der EU-27 und dass vor allem die Armutsquote der Menschen mit geringer Bildung überdurchschnittlich hoch ist. Mittlerweile ist in Österreich mehr als jede vierte Person mit geringer Bildung von Armut bedroht. Sie werden zunehmend vom Wohlstand abgekoppelt bzw. gesellschaftlich abgehängt. Dies erscheint in einem der reichsten Länder der Welt als ungerecht, formiert soziale Spaltungen und stellt die Demokratie vor erhebliche Probleme. Vor diesem Hintergrund ist eine Kritik am österreichischen Sozialstaat berechtigt, verabsäumt aber, den Kontext des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Globalisierung zu berücksichtigen, da diese Rahmenbedingungen darauf ausgerichtet sind, Ungleichheit zu generieren (Stiglitz 2012).

Steigende Einkommensungleichheit und hohe Armutsquote von Menschen mit geringer Bildung

Trotz des Bewusstseins der Verantwortung des kapitalistischen Wirtschaftssystems für die Ungleichheit müssen in Österreich ein Rückzug des Sozialstaates attestiert und Veränderungen am Arbeitsmarkt (erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko, A-Typisierung von Beschäftigungsverhältnissen) festgestellt werden, die eine ausreichende soziale Absicherung erschweren. Seit den 2000er-Jahren wurde eine Reihe von sozialpolitisch restriktiven Reformen mit dem Ziel der Budgetkonsolidierung durchgeführt. Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000–2006) führte im Bereich der Pensionsversicherung weitreichende strukturelle Veränderungen (z. B. wurde der Durchrechnungszeitraum von 15 auf 40 Jahre erhöht, der Steigerungsbetrag von 2 Prozent auf 1,78 Prozent reduziert, vorzeitige Alterspensionen wurden erschwert) und institutionelle Änderungen durch. Statt der Dienstnehmermehrheit wurde eine Parität zwischen Dienstnehmer:innen und Dienstgebern in den Gremien der Pensionsversicherung eingeführt. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wurden u. a. die Bedingungen für den Arbeitslosengeldbezug verschärft und die Definition von zumutbaren Beschäftigungen erweitert. Reduktionen der Nettoersatzrate wurden bereits in den 1990er-Jahren vollzogen (Tálos 2005, Tálos & Obinger 2020). Im Gesundheitsbereich vollzog die ÖVP-FPÖ-Koalition

Seit 2000er-Jahren Reihe von sozialpolitisch restriktiven Reformen

*Machtver-
schiebung in den
Entscheidungs-
gremien zu Lasten
der Dienst-
nehmer:innen*

(2000–2006) erste Privatisierungsmaßnahmen und führte erhöhte Selbstbehalte ein. Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2017–2019) ging einen radikalen Schritt weiter und legte die neun Gebietskrankenkassen zu einer zentralen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zusammen. Hierbei wurde ebenfalls eine Parität zwischen Dienstnehmer:innen und Dienstgebern in den Gremien eingerichtet und somit die Dienstnehmermehrheit in der Selbstverwaltung abgeschafft. Dies ist als radikaler Schritt zu beurteilen, da die Dienstnehmermehrheit in der Selbstverwaltung der Krankenversicherung seit 1888 bestand und selbst im Austrofaschismus nicht abgeschafft, sondern nur von 4:1 auf 2:1 reduziert wurde (Tálos 2019). Durch die Parität haben sich die Machtverhältnisse in den Entscheidungsgremien grundlegend – zu Lasten der Dienstnehmer:innen – geändert. Seit diesem Zeitpunkt sind hohe Budgetdefizite in der ÖGK, lange Wartezeiten, Versorgungsprobleme, hohe Unzufriedenheit der Versicherten und hohe private Gesundheitsausgaben zu beobachten (AK OÖ 2025). Weiters kam es zu Kürzungen bei der Sozialhilfe Neu, wodurch der Leistungsgedanke verstärkt werden sollte, zwischen den „fleißigen“ Langzeitbeschäftigten und jenen, die sich angeblich „durchschummeln“ (Tálos & Obinger 2020).

Die kursorische Beschreibung der sozialstaatlichen Veränderungen in Österreich der letzten drei Jahrzehnte legt nahe, dass diese dazu beigetragen haben, dass der Sozialstaat weniger effektiv in der Reduktion von Ungleichheit in Österreich ist. Wenn es das Anliegen der Bevölkerung ist, den österreichischen Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild auszubauen, um Ungleichheit und Armut stärker zu reduzieren, dann liegt der Schluss nahe, dass einige der restriktiven Veränderungen der Vergangenheit rückgängig gemacht werden müssen.

Auf Basis der internationalen Verortung des österreichischen Sozialstaates scheinen höhere Ersatzraten bei Arbeitslosigkeit angezeigt. Die skandinavischen Sozialstaaten sind deutlich besser in der Lage als Österreich, Armut generell, aber insbesondere für jene Menschen mit geringer Bildung zu reduzieren. Dies kann mit der besseren Absicherung bei Arbeitslosigkeit zusammenhängen, aber auch mit der Prioritätensetzung bei den Sozialausgaben. Die skandinavischen Länder geben anteilmäßig deutlich mehr für Wohnen und für Maßnahmen gegen soziale Exklusion als Österreich aus. Hier könnte

sich der österreichische Sozialstaat weiterentwickeln und prüfen, welche Maßnahmen in diesen Ländern besonders effektiv sind. Trotz Veränderungen der nordischen bzw. skandinavischen Sozialstaatsmodelle zeichnen sich diese Länder nach wie vor durch ein hohes Maß an universellen Ansprüchen auf Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen aus (Jungerstam & Wentjärvi 2019). Eine stärkere Ausstattung des österreichischen Sozialstaates mit universellen Ansprüchen würde den aktuellen Risiken und Veränderungen am Arbeitsmarkt Rechnung tragen und die österreichischen Arbeitnehmer:innen dem Ziel der Dekommodifizierung ein Stück näherbringen (Esping-Andersen 1990). Letztendlich ist es wichtig, die Institutionen des Sozialstaates und der Sozialversicherung in Österreich wieder stärker an den Bedarfen, Bedürfnissen und Interessen der Versicherten bzw. Anspruchsberechtigten auszurichten. Dies darf aber nicht nur eine Worthülse sein, sondern die Menschen müssen dies tagtäglich in den Institutionen spüren, dass sie Rechtsansprüche haben und die Institutionen in ihrem Dienst fungieren, unabhängig von der sozialen Klasse. Diese positiven Erfahrungen mit den öffentlichen Institutionen gewährleisten langfristig die Zustimmung zum Sozialstaat und zur Demokratie.

*Institutionen des Sozialstaates
wieder stärker an den
Bedürfnissen und Interessen der
Versicherten ausrichten*

Anmerkungen

- 1 Für die wissenschaftliche Assistenz danke ich Käthlin Donat und für die wertvollen Anmerkungen zum Artikel Matthias Specht-Prebenda.
- 2 Die Arbeitslosenversicherung ist nicht Teil des ASVG, wird hier aber aufgenommen, weil die Arbeitslosenversicherung eine hohe Relevanz für die soziale Absicherung im Sozialstaat hat.

Literaturverzeichnis

- » Arbeiterkammer OÖ (AK OÖ) (2025): AK-Befragung zeigt Missstände auf: Die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich steht an der Kippe, [online] Unzufrieden mit der Gesundheitsversorgung | Arbeiterkammer Oberösterreich [abgerufen am 04.10.2025].
- » Atzmüller, Roland (2025): „Unser Geld für unserer Leute“ – Konturen der Sozialpolitik der radikalen Rechten zwischen nationaler Homogenität und radikalem Umbau, in: WISO 48/2, S. 123–139
- » Csóka, Bettina (2025): Lohn-„Neben“-Kosten? Sozialstaatsbeiträge! Zum Hintergrund einer nicht enden wollenden Debatte, in: WISO 48/2, S. 105–122

- » Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin / Stelzer-Orthofer, Christine (2024): *Armut in der Krisengesellschaft*. Budapest.
- » Disslbacher, Franziska / Hofmann, Julia (2021): *Einstellungen zum Sozialstaat und dessen Finanzierung in Österreich*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 47/3, S. 329–360.
- » Esping-Andersen, Gosta (1990): *The three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.
- » Grausgruber, Alfred (2019): *Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich*, in: Bacher, Johann / Grausgruber, Alfred / Haller, Max / Höllinger, Franz / Prandner, Dimitri / Verwiebe, Roland (Hrsg.): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986-2016*. Wiesbaden, S. 457–484.
- » Jungerstam, Susanne / Wentjärvi, Annika (2019): *Länderporträt Finnland – Der finnische Wohlfahrtsstaat*, [online] https://www.socialnet.de/international/Finnland#toc_3 [abgerufen am 22.10.2025].
- » Mahrer, Harald (2025): „Staat trägt dazu bei, dass alles teurer wird“, in: Krone, 1.10.2025, [online] WKÖ-Präsident Mahrer: - „Staat trägt dazu bei, dass alles teurer wird“ | krone.at [abgerufen am 04.10.2025].
- » McDonnell, Tom (2015): *Wie Irland zu 26 % BIP-Wachstum kommt*, [online] A&W-Blog | *Wie Irland zu 26 % BIP-Wachstum kommt - Arbeit&Wirtschaft Blog* [abgerufen am 4.10.2025].
- » Neos (2025): *Entlastung*, [online] NEOS-Programm für Wirtschaft, Arbeit, Unternehmertum [abgerufen am 4.10.2025].
- » Obinger, Herbert (2015): *Österreichs Sozialstaat im Vergleich internationaler Makrodaten*, in: *OZP* 44/1, S. 1–15.
- » Pikett, Kate / Wilkinson, Richard (2009): *Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Frankfurt am Main.
- » Praschl, Theresa / Tamesberger, Dennis (2025): *Notwendige Weiterentwicklung des ASVG. Ansätze zur Verhinderung von Anspruchslücken durch Aussteuerung, im Erscheinen*.
- » Rathgeb, Philipp (2024): *Rechtsradikale Parteien: Treten sie wirklich für die „kleinen Leute“ ein?* in: *OÖNachrichten*, 7.4.2024 [online] *Rechtsradikale Parteien: Treten sie wirklich für die „kleinen Leute“ ein?* | *Nachrichten.at* [abgerufen am 4.10.2025].
- » Scruggs, Lyle (2014): *Social Welfare Generosity Scores in CWED 2: A Methodological Genealogy*. CWED Working Paper 01, [online] Microsoft Word - CWED 2 WP 01_2014 Scruggs [abgerufen am 4.10.2025].
- » Scruggs, Lyle (2022a): *“Comparative Welfare Entitlements Project Data Set, Version 2022-12”*, [online] <http://cwep.us/> [abgerufen am 4.10.2025].
- » Scruggs, Lyle (2022b): *“Comparative Welfare Entitlements Project Data Set, Version 2022-12. Codebook”*, [online] <http://cwep.us/> [abgerufen am 4.10.2025].
- » Statistik Austria (2025): *Sozialquote, Sozialausgaben und Finanzierung*, [online] *Sozialquote, Sozialausgaben und Finanzierung - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager* [abgerufen am 4.10.2025].
- » Steiner, Guenther (2015): *„... aus Almosenempfängern anspruchsberechtigte Bürger zu machen“*. Sozialminister Anton Proksch und die österreichische Sozialversicherung. Wien.

- » Stiglitz, Josef (2012): *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht.* München.
- » Tálos, Emmerich (1981): *Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse.* Wien.
- » Tálos, Emmerich (2005): *Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945 bis 2005. Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive.* Innsbruck, Wien, Bozen.
- » Tálos, Emmerich (2019): *Sozialpartnerschaft unter Schwarz/Türkis-Blau vor dem Aus*, [online] A&W-Blog | Sozialpartnerschaft unter Schwarz/Türkis-Blau vor dem Aus - Arbeit&Wirtschaft Blog [abgerufen am 4.10.2025].
- » Tálos, Emmerich (2025): *Geschichtliche Entwicklung des ASVG*, in: WISO 48/2, S. 19–31
- » Tálos, Emmerich / Obinger, Emmerich (2020): *Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklungen – Maßnahmen – internationale Verortung.*
- » Tamesberger, Dennis / Theurl, Simon (2021): *Design and Take-Up of Austria's Coronavirus. Short-Time Work Model.* ICAE Working Paper Series, No. 127 – July 2021, [online] wp127.pdf [abgerufen am 4.10.2025].